



Haushalts- und Finanzausschuss

26. Sitzung (öffentlicher Teil)*

12. Mai 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 12:50 Uhr;

12:55 Uhr bis 14:25 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmén (CDU)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Michael Roeßgen, Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Gespräch mit dem Vorstand der Ersten Abwicklungsanstalt	8
– Power-Point-Präsentation durch Matthias Wargers und Marcus Bolder (EAA)	8
– Aussprache	16
2 Stand der durch das Land geleisteten Zahlungen sowie der Risiken im Phoenix-Portfolio	20
Sachstandsbericht der Landesregierung Vertrauliche Vorlage 15/13	

* vertraulicher Teil mit TOP 2 siehe vAPr 15/18

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten**.

3 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

Beschlussempfehlung und Bericht zur zweiten Lesung
Drucksache 15/1520

Stellungnahme 15/512

Zuschrift 15/200

Abstimmung, Beschlussempfehlung zur dritten Lesung

– Ergänzende Stellungnahmen von Dr. Manfred Wichmann
(Städte- und Gemeindebund NRW) und Dr. Helmut Fogt
(Städtetag NRW) 21

– Abschließende Beratung 22

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und der Linken, den **Gesetzentwurf Drucksache 15/1269** zur dritten Lesung **anzunehmen**.

4 Überführung der Übertragungsnetze in Landeseigentum; Prüfung eines Kaufgebotes durch die Landesregierung 25

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/466

Ausschussprotokoll 15/133

Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, den **Antrag abzulehnen**.

5 Wiederaufbau der Kommunalfinanzen nach der Finanzkrise – Anreizsysteme statt Freifahrtscheine 26

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/125

Ausschussprotokoll 15/100

Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

6 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 27

- a) Auswirkungen der mit Urteil vom 15. März 2011 festgestellten Verfassungswidrigkeit des Nachtragshaushalts 2010 auf den Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen zum 31.12.2010
- b) Höhe der in den Jahren 2006 bis 2010 gebildeten Rücklagen bzw. Zuführungen zu Sondervermögen
- c) Höhe der in den Jahren 2006 bis 2010 gezahlten Zinsen
- d) Höhe der auf die zum 31.12.2005 vorhandenen Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen von 112.716,9 Millionen € entfallenden Zinsen
- e) Betrag, um den die im Zeitraum vom 31.12.2005 bis 31.12.2010 vom Land gezahlten Zinsen auf die Altschulden (Stand 31.12.2005) die Summe der im gleichen Zeitraum aufgenommenen zusätzlichen und um die Bildung von Rücklagen bzw. Zuführungen zu Sondervermögen verminderten Schulden übersteigen

Vorlage 15/611

Im Rahmen einer Debatte über die Vorlage 15/611 erbittet die CDU-Fraktion eine ergänzende Darstellung.

7 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 31

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksachen 15/1002, 15/1354 (Berichtigung) und 15/1717

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtteilnahme der Linken, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung **unverändert anzunehmen**.

8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) 32

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzungsvorlage)

Drucksachen 15/1700 bis 15/1707, 15/1710 bis 15/1715, 15/1720 und 15/1768

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss unternimmt seine abschließende Beratung und stimmt anschließend über die Änderungsanträge ab.

*(Alle in der Sitzung gestellten **19 Änderungsanträge mit Begründung** sowie die **Abstimmungsergebnisse** sind dem **Anhang** zum Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 15/1900** zu entnehmen.)*

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 der Drucksache 15/1900 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Linken, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge zur dritten Lesung **anzunehmen**.

9 Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen **36**

Drucksache 15/1001

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken bei Stimmenthaltung von CDU und FDP, die **Finanzplanung 2010 bis 2014 zur Kenntnis zu nehmen.**

10 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer **37**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1684

In Verbindung mit:

Steuertreiberei der rot-grünen Landesregierung aufhalten – Das Gemeindefinanzierungsgesetz darf nicht zu Lasten einer einwohner- und wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik verändert werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1679

Die Fraktion Die Linke kündigt an, ihren Gesetzentwurf Drucksache 15/1684 zurückzuziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/1679 abzulehnen.**

Des Weiteren **fasst** der Ausschuss einstimmig den **Vorratsbeschluss**, zu dem **Gesetzentwurf Drucksache 15/1924**, dessen Überweisung durch den Landtag erwartet wird, eine **öffentliche Anhörung** durchzuführen.

11 Über- und außerplanmäßige Ausgaben aufgrund der Nichtigkeit des Nachtragshaushalts 2010 **39**

Vorlage 15/593

In Verbindung mit:**Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 2010 sowie Überschreitungen unter 25.000 € im gesamten Haushaltsjahr 2010**

Vorlage 15/554

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag einstimmig, die in **Vorlage 15/554** aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **empfiehlt** der Ausschuss, die in **Vorlage 15/593** aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgrund der Nichtigkeit des Nachtragshaushalts 2010 **zu genehmigen**.

- 12 Ankündigung der Landesregierung, alle Aufgaben des Landes durch ein neu gebildetes Effizienzteam unter Federführung des Finanzministeriums prüfen und weiteres Einsparpotenzial identifizieren zu lassen**

41

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 15/601

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) antwortet auf ergänzende Fragen der CDU-Fraktion.

- 13 Finanzierungsperspektiven der Destinatäre nach Einigung der Bundesländer über Eckpunkte zu einem neuen Glücksspielstaatsvertrag**

42

Sachstandsbericht der Landesregierung
Vorlage 15/602

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung zur Kenntnis genommen.

- 14 Verschiedenes**

43

8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzungsvorlage)

Drucksachen 15/1700 bis 15/1707, 15/1710 bis 15/1715, 15/1720 und 15/1768

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Vorsitzender Manfred Palmén schickt voraus, nach der zweiten Lesung sei der Gesetzentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss zurücküberwiesen worden. Das Plenum erwarte nun die Beschlussempfehlung zur dritten Lesung in der nächsten Woche. Ihm lägen acht Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor.

Rüdiger Sagel (LINKE) weist darauf hin, dass sich Die Linke zu den Einzelanträgen der Koalitionsfraktionen verhalten werde, aber heute an der Schlussabstimmung zur dritten Lesung nicht beteiligen werde.

Christian Weisbrich (CDU) teilt dem Ausschuss mit, dass gerade „dpa“ die Meldung verbreitet habe, dass die Steuerschätzer mit Mehreinnahmen von 135,3 Milliarden € bis 2014 in der Bundesrepublik rechneten. Er möchte vom Staatssekretär wissen, ob ihm die Zahlen bereits bekannt seien und ob die Landesregierung nun davon ausgehe, dass ihr Ansatz bei den Mehreinnahmen für Nordrhein-Westfalen erreicht oder eher um 200 Millionen € unterschritten werde, wie es die CDU prognostiziert habe.

Des Weiteren bitte er um Zahlen bezüglich der Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen für den Monat April.

Die Deutsche Bundesbank habe in ihrem Monatsbericht vom April eine bemerkenswerte Untersuchung zu den Auswirkungen des Urteils des Verfassungsgerichtshofs zum nordrhein-westfälischen Nachtragshaushalt 2010 abgedruckt, die in der Zusammenfassung zu dem Ergebnis komme, dass für 2011 wohl keinesfalls von einer Störungslage in Nordrhein-Westfalen ausgegangen werden könne. Er bitte dazu um Stellungnahme der Landesregierung .

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) erklärt, das Ergebnis der Steuerschätzung liege ihm noch nicht vor. Er vermute, dass die 135 Milliarden € Steuermehreinnahmen eine Aufsummierung über mehrere Jahre seien. Um die Zahlen für ein einzelnes Jahr bezogen auf Nordrhein-Westfalen zu berechnen, müsse auch die bisherige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einbezogen werden. Erst danach werde man in der Lage sein, zu sagen, welche Konsequenzen sich für den Steueransatz möglicherweise ergäben. Heute könne er keine konkreten Zahlen nennen.

Die Zahlen der Steuereinnahmen für die einzelnen Monate würden üblicherweise ins Netz gestellt. Er habe sie heute nicht dabei, könne sie aber relativ kurzfristig nachreichen.

Auch er habe den in der Tat bemerkenswerten Artikel im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom April gelesen; er könne sich nicht erinnern, dass die Bundesbank früher einmal so dezidiert zur Situation in einem Land Stellung genommen habe. Zu der nicht überraschenden Position der Bundesbank habe die Landesregierung in der Begründung bezüglich der Störungslage bereits Stellung genommen; dort sei auch schon die Einschätzung der Bundesbank bezüglich der Produktionslücke aufgeführt. Im Unterschied zu vielen anderen Instituten auch im internationalen Bereich sei die Bundesbank damals davon ausgegangen, dass in 2011 keine negative Produktionslücke mehr vorliege. Deswegen sei das seinerzeit schon mit abgehandelt worden und sei keine Überraschung. Die Bundesbank bleibe bei ihrer Einschätzung.

Die Landesregierung habe gegenwärtig keine wesentlich anderen Einschätzungen als die Kennziffern, die sie damals ihrer Stellungnahme zugrunde gelegt habe, und deswegen bleibe sie auch bei ihrer Einschätzung.

Rüdiger Sagel (LINKE) ist interessiert zu erfahren, wann das Ministerium meine, nach der Steuerschätzung konkrete Zahlen für NRW mitteilen zu können, was ja für die abschließenden Beratungen zur dritten Lesung nicht ganz unwichtig sei.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) antwortet, man werde die Konsequenzen für Nordrhein-Westfalen so schnell wie möglich berechnen und der Öffentlichkeit vorstellen. Das werde voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche der Fall sein.

Zu der genannten Zahl von 135 Milliarden € merkt er weiter an, die mittelfristige Steuerschätzung berufe sich auch immer auf die letzte mittelfristige Steuerschätzung. Man komme sehr schnell zu Verzerrungen, würde man versuchen, diese Zahl über den Daumen auf einzelne Jahre aufzuteilen bzw. für ein einzelnes Land herunterzurechnen. Wer die Konsequenzen für das Land NRW berechnen wolle, müsse dabei auch die Entwicklung in NRW und eventuelle Besonderheiten betrachten.

Da ihm bekannt sei, dass im Finanzministerium sorgfältig gearbeitet und der Prozess sorgfältig begleitet werde, geht **Christian Weisbrich (CDU)** davon aus, dass sich der Staatssekretär schon eine Meinung gebildet habe – denn die Ansagen des Bundes zu den Schätzdaten seien ja schon längere Zeit im Umlauf –, ob vor diesem Hintergrund die veranschlagten 1,8 Milliarden € Steuermehreinnahmen erreicht würden oder ob man darunter bleibe. Vielleicht lasse sich dazu etwas sagen.

StS Dr. Rüdiger Messal (FM) bittet um Verständnis, dass er sich zu einer genauen Zahl heute nicht äußern werde. Das Finanzministerium werde die Zahlen analysieren, für Nordrhein-Westfalen die Konsequenzen ziehen und das Ergebnis dann der Öffentlichkeit vorstellen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erinnert daran, dass der ehemalige Finanzminister Dr. Linssen und auch seine Vorgänger immer erst die Zahlen analysiert hätten, bevor sie die entsprechenden auf Nordrhein-Westfalen heruntergebrochenen Zahlen mitgeteilt hätten.

In besagter dpa-Meldung stehe für dieses Jahr eine zu erwartende Mehreinnahme von 17,6 Milliarden €. Über den Daumen gepeilt wären das 1,8 Milliarden € für NRW. Das wäre genau die Zahl, mit der jetzt gerechnet werde. Selbst wenn es nur 1,6 Milliarden € wären, wäre das bei geschätzten Steuereinnahmen von über 40 Milliarden € eine sehr geringe Abweichung. Er habe alle Ruhe, den Montag abzuwarten, bis das Finanzministerium regionalisierte Daten nennen könne. Sollte es mehr werden, würde dies zur Senkung der Neuverschuldung verwendet.

Christian Weisbrich (CDU) entgegnet, der CDU gehe es darum, ob der Ansatz abgesenkt werden müsse. Insofern wolle man das schon in der letzten Lesung der Haushaltsberatungen im Ausschuss wissen. Die CDU habe aufgrund der Informationen, die ihr in der Vergangenheit zugänglich gewesen seien, vorsichtiger geschätzt.

Vorsitzender Manfred Palmen ruft die vorliegenden Änderungsanträge zur abschließenden Beratung und Abstimmung auf.

*(Alle in der Sitzung gestellten **19 Änderungsanträge mit Begründung** sowie die **Abstimmungsergebnisse** sind dem **Anhang zum Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 15/1900** zu entnehmen.)*

Zum Änderungsantrag zu **Kapitel 14 500 Titel 883 11** (s. Anhang zu Drucksache 15/1900, Antrag Nr. 15) möchte **Rüdiger Sagel (LINKE)** wissen, warum dem Preußen-Museum die Mittel fehlten.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) verweist auf die Begründung. Aufgrund der Nichtigkeit des Nachtragshaushalts sei auch die entsprechende Ermächtigung nichtig. Dies solle im Haushalt 2011 nachgeholt werden. Es gehe um eine Mittelumschichtung, damit die benötigten Mittel aus dem Bereich der Stadterneuerung finanziert werden könnten.

Über die übrigen Änderungsanträge wird ohne Aussprache abgestimmt.

Anschließend fragt **Vorsitzender Manfred Palmen**, ob der Haushalt ausgeglichen sei.

RD Inge Schlupp (FM) führt aus, durch die soeben beschlossenen Änderungsanträge habe sich das Haushaltsvolumen um 6,5 Millionen € auf 55.261.161.600 € erhöht. Die Kredite hätten ebenfalls um 6,5 Millionen € angehoben werden müssen. Diese betrügen exakt 4.944.500.000 €. Die Nettoneuverschuldung, also nach Abzug der Tilgungen, betrage rund 4.819,8 Millionen €. Die eigenfinanzierten Investitionen hätten sich auf rund 3.922 Millionen € erhöht. Der Abstand zur Verfassungsgrenze habe

sich um 25,5 Millionen € auf nunmehr rund 897,8 Millionen € verringert. Der Haushalt sei ausgeglichen. Der Ausgleichstitel müsse nicht verändert werden.

Der Ausschuss **fasst** einstimmig den auf Seite 4 der Drucksache 15/1900 wiedergegebenen **Bereinigungsbeschluss**.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Nichtbeteiligung der Linken, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge zur dritten Lesung **anzunehmen**.